

«Ich war naiv»

Samstagsgespräch Der chinesische Künstler Ai Weiwei wirft der Credit Suisse vor, sein Konto gelöscht zu haben. Jetzt äussert er sich ausführlich dazu.

Linus Schöpfer, Simon Widmer und Jorgos Brouzos

Ai Weiwei schrieb diese Woche, die Credit Suisse habe sein Konto aufgelöst. Die Schweizer Bank habe sich auf eine neue Richtlinie berufen, nämlich die Konten aller straffällig gewordenen Personen zu löschen. Sie hätte dabei leicht feststellen können, so Ai Weiwei in seinem Blog, dass er nie formell angeklagt oder wegen eines Verbrechens verurteilt worden sei.

Im selben Blogbeitrag kritisierte Ai Weiwei, dass das neue Hongkonger Museum M+ seine Kunst zensuriere. Das Museum hat einen starken Schweizer Bezug: Es wurde von den Basler Architekten Herzog & de Meuron entworfen und basiert weitgehend auf einer Schenkung von Uli Sigg, dem Kunstsammler und früheren Schweizer Botschafter in China. Das Museum wird Ende Jahr eröffnet.

Die CS sagt zur Angelegenheit lediglich, man äussere sich nicht «zu möglichen oder bestehenden Kundenbeziehungen».

Die Credit Suisse will das Konto Ihrer «Stiftung für freie Meinungsäusserung und Kunst» auflösen. Hat Sie dieser Entscheid überrascht?

Ja, ich bin sehr überrascht. Eine Bank sollte sich nicht in politische Belange einmischen. Die Credit Suisse sagte mir gegenüber klar, dass es sich um einen politischen Beschluss gehandelt habe. Sie haben mich fälschlicherweise bestraft, obwohl ich nie strafrechtlich verurteilt wurde. Die Credit Suisse hätte diesen Entscheid nie fällen dürfen, er entbehrt jeder Grundlage.

Auf Ihrem Blog sagen Sie, die Credit Suisse habe Ihr Konto aufgelöst, weil die Bank davon ausgegangen sei, dass Sie strafrechtlich verurteilt worden sind. War das ein Vorwand der Credit Suisse?

Ich bin eine öffentliche Person: Zum einen als Künstler, zum anderen wegen meines politischen Engagements. Was ich mache, ist transparent und öffentlich. Da gibt es nichts zu deuteln. Die Credit Suisse konnte nicht beweisen, dass es eine strafrechtliche Verurteilung gegen mich gibt.

Wieso haben Sie sich überhaupt dazu entschieden, Ihre Stiftung in der Schweiz zu eröffnen?

Weil ich dachte, die Schweiz sei ein Land, das von politischen Druckversuchen vergleichsweise wenig beeinflusst ist.

In China geächtet, im Westen verehrt

Ai Weiwei (64) ist der bekannteste chinesische Kritiker des Regimes in Peking. Der Konzeptkünstler, Bildhauer und Filmemacher lässt in seinen Werken immer wieder die politische Aktualität einfließen. Wegen seiner regierungskritischen Äusserungen wurde er 2011 in China verhaftet, bis 2015 durfte er das Land nicht mehr verlassen. Seither lebt er in Europa: zuerst in Berlin, dann in Cambridge, mittlerweile in Portugal. (wid)

Sie haben die CS schon früher kritisiert – dafür, dass sie Kinder von Kadern der Kommunistischen Partei eingestellt habe. Wieso haben Sie Ihr Bankkonto trotzdem behalten?

Es ist ein Fakt, dass sich die Credit Suisse damit auf die Seite eines autoritären Regimes gestellt hat. Doch meine Optionen sind sehr stark beschränkt. So wurde mein Bankkonto in Deutschland geschlossen, und in Hongkong wurde mir die Eröffnung eines Kontos verweigert.

Die Schweiz ist für ihre verschwiegenen Banken bekannt. Wie konnte Ihr Konto überhaupt zum Thema und geschlossen werden? Eigentlich sollte es niemandem bekannt gewesen sein.

Ich weiss es nicht. Mir bleibt die Motivation des Entscheides auch rätselhaft. Ich weiss einzig, dass sie klar sagten, ich sei verurteilt worden, dafür aber keinen Beleg vorweisen konnten.

«Ich musste mein Verständnis von der Schweiz als neutralem Land überdenken.»

Glauben Sie, die chinesischen Behörden haben die Credit Suisse unter Druck gesetzt?

Nein, das glaube ich nicht. Die westlichen Institutionen geben meist aus eigener Initiative nach. Die chinesischen Behörden müssen sich da gar nicht gross darum kümmern.

Der Chinese Shan Li gehört zum Verwaltungsrat der Credit Suisse. Er hat eine Peking-treue Partei in Hongkong gegründet. Denken Sie, die chinesische Regierung beeinflusst über ihn die Geschäfte der Credit Suisse?

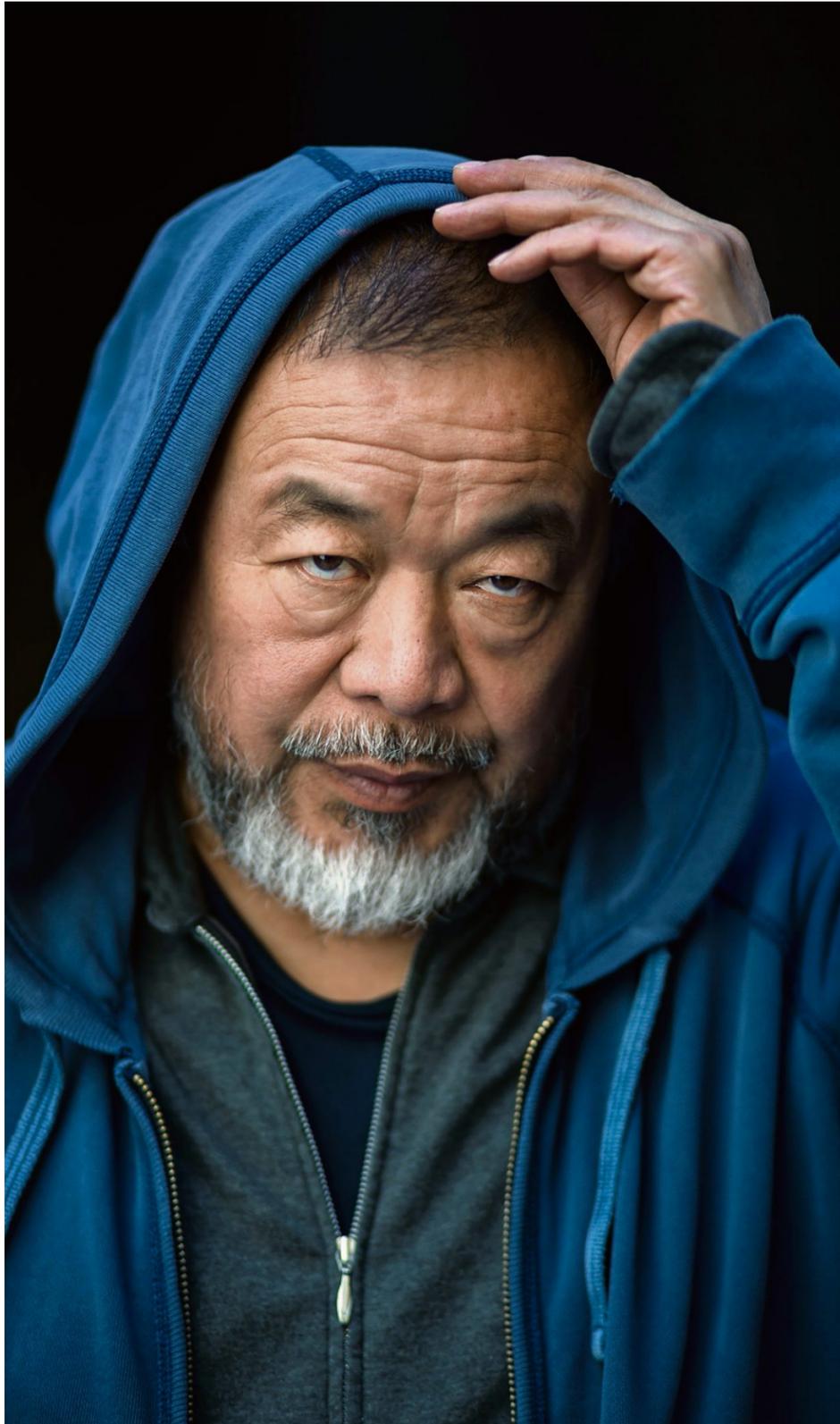
Das weiss ich nicht.

In ihrem «Code of Conduct» schreibt die Credit Suisse Folgendes: «Indem wir unseren Kunden helfen, erfolgreich zu sein, erhalten diese die Möglichkeit, positiv Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen.» Wie klingt das für Sie?

Ich sehe viel Ironie in diesem «Code of Conduct».

Chinas Aussenpolitik ist aggressiver geworden. Glauben Sie, Ihr Fall könnte ein Präjudiz werden? Werden künftig auch andere Schweizer Banken gegen China-Kritikerinnen und -Kritiker vorgehen?

Ich kann das nicht voraussagen. Aber ich denke, dass die Credit Suisse und andere internationale Banken zurückhaltender werden, wenn es um Aktivisten aus Hongkong oder anderen Orten geht. Die Credit Suisse hat ja bekannt gegeben, dass sie ihr Geschäft in China ausbauen und den Personalbestand verdreifachen möchte. Eine finanzielle Institution wird Profit immer stärker gewichten als Ethik.



Lebt nun in Portugal: Der Künstler Ai Weiwei auf einem Foto vom 19. Juli 2021. Foto: Estela Silva (EPA)

Der Stinkefinger

Ende Jahr wird in Hongkong das Museum M+ eröffnet. Dessen Sammlung basiert weitgehend auf einer Spende von Uli Sigg. Der Luzerner war von 1995 bis 1998 Schweizer Botschafter in Peking und gilt als einer der wichtigsten Sammler zeitgenössischer chinesischer Kunst. Sigg schenkte dem Museum 2012 einen Grossteil seiner Kollektion, darunter Fotografien von Ai Weiwei.

An der Eröffnungsausstellung wird dessen fotografisches Werk allerdings nur teilweise gezeigt. Der Künstler wirft den Kuratoren deshalb vor, Zensur zu üben und die Bilder entgegen Siggs Absicht zu verbergen.

Ai Weiwei sieht einen Bezug zum Sicherheitsgesetz, das Peking im Sommer 2020 installiert hat und das Hongkong an die

Verhältnisse von Festlandchina angleicht. Im März dieses Jahres war Ai Weis Serie bereits Anlass einer Kontroverse, als ein prochinesischer Politiker die Sammlung attackierte.

Konkret geht es um die Serie «Study of Perspective», die Ai Weiwei 1995 begann. Sie zeigt den Mittelfinger vor berühmten, oft repräsentativen Orten wie dem deutschen Reichstag, dem Schweizer Bundeshaus oder dem Weissen Haus.

Die Fotos können als Schnappschüsse eines routinierten Handwerks gedeutet werden. Mit Masseinheiten wie «Fingerbreit» schätzen Maler die Relationen in ihren Arbeiten ein. Der Titel der Serie lädt zu dieser Interpretation ein. Auf den ersten Blick wirken Ai Weis Fotos allerdings wie

schlichte Stinkefinger, den Zentren der Macht entgegengestreckt.

Das bekannteste Bild der Serie zeigt den Finger vor dem Tiananmen-Platz. Laut Ai Weiwei wird just dieses Foto an der Eröffnungsausstellung nicht gezeigt. Für den Künstler handelte es sich um Zensur, für das Museum um eine legitime Kuratierung. Das Museum verweist in einem schriftlichen Statement auf Sigg: Der Schweizer habe gesagt, dass er «immer gefühlt habe, dass meine Schenkung in die Hände des chinesischen Volkes gehört, damit sie ihre eigene Kunst sehen können». Sigg, fügt das Museum an, habe seine Meinung offensichtlich nicht geändert.

Uli Sigg selber sagt auf Anfrage, er habe dem Statement nichts hinzuzufügen. (lsch)

Ist die Schliessung des Kontos ein Problem für Ihre Pläne als Künstler und als Geschäftsmann?

Sie hat mir unnötigen Ärger beschert. Ich musste mein Verständnis von der Schweiz als neutralem Land und von der Credit Suisse als einer ausschliesslich finanziellen Institution überdenken. Ich war naiv in vielen meiner Annahmen. Ich dachte, die Schweiz würde auf der Seite der Gerechtigkeit stehen und auf ihre Prinzipien der Neutralität bestehen. Aber entgegen meiner Annahmen wird in der Schweiz jemand ausgegrenzt, der sich für Menschenrechte und freie Meinungsäusserung einsetzt – und das wegen unhaltbarer Anschuldigungen. Gleichzeitig glaube ich aber auch, dass diese Angelegenheit letztlich nebensächlich ist und mir nichts anhaben kann. Denn es ist wirkungslos, mich finanziell anzugreifen. Über diese Phase bin ich schon lange hinweg. Die Geschichte hilft mir einzig, die Welt etwas besser zu verstehen.

An welche Banken werden Sie sich jetzt wenden?

Ich weiss es nicht. Wir werden sehen.

Sie erwähnen in ihrem Blog auch das neue M+ Museum in Hongkong. Dachten Sie, die am Museum beteiligten Schweizer würden sich für Sie einsetzen?

Ich habe viele Freunde in der Schweiz. Aber wenn es um solche Themen geht, weiss ich nicht, wie stark sie sich mit meinen Ideen und ideologischen Überzeugungen solidarisieren werden.

Und das Foto, auf dem Sie den Mittelfinger vor dem Schweizer Parlament ausstrecken? Wird es gezeigt werden?

Sicher nicht. Auf der Website des Museums M+ gibt es das Bild «Study of Perspective: White House» von 1995, das zeigt, wie ich den Mittelfinger vor dem Weissen Haus zeige. Das Bild «Study of Perspective: Tiananmen» von 1997 hingegen wurde gelöscht. Das ist sehr ironisch. Zum einen finden sie das Motiv vulgär. Gegenüber dem US-Imperialismus finden sie diese Vulgarität aber offenbar angebracht.

Was bedeutet die Entscheidung der Credit Suisse für die Schweiz als Land, das sich als stolze Demokratie sieht, als neutraler Staat und als Hochburg der Menschenrechte?

Die Credit Suisse ist eine finanzielle Institution und reflektiert die politische und ethische Haltung der Schweiz in einem ausgeprägten Mass.

Leben die Schweizer eine Lüge?

Gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger haben ihre eigenen Annahmen davon, was richtig und was falsch ist. Doch die Welt wird nicht von gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern regiert. Ich denke nicht, dass Banker eine Wertvorstellung haben, was richtig und was falsch ist. Ihr Massstab ist Gewinn und Verlust: ein Problem der Globalisierung.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Wochenende

Das kalte Kalkül der Credit Suisse

Fall Ai Weiwei Die Schweizer Grossbank löscht das Konto des berühmtesten chinesischen Dissidenten. Wegen Formalitäten, sagte sie. Unsere Recherche zeigt: Es ging um Politik.

Linus Schöpfer, Simon Widmer und Jorgos Brouzos

Oktober 2021, ein Sonntagmorgen in Portugal. Chinas berühmtester Dissident sitzt in seiner Küche und schlürft Suppe. Die Kamera ist an, wir sprechen über Zoom mit Ai Weiwei.

Er verstehe die Schweizer ja, sagt Ai. China sei ein grosser Markt. Aber die Credit Suisse solle doch bitte bei der Wahrheit bleiben. Die Schweizer Grossbank hat jüngst seine Konten aufgelöst, sein privates und jenes seiner Stiftung Fart.

Im Folgenden erzählen wir die Geschichte hinter Ais Rauswurf. Dafür sichteteten wir Mails und Transkripte von Sitzungen, führten Gespräche mit Ai Weiwei, Verantwortlichen der Credit Suisse und unabhängigen Bankexperten.

Es ist eine Geschichte, die über den Streitfall «Credit Suisse gegen Ai Weiwei» hinausweist. Denn sie gibt Einblick in das Kalkül und die Ethik einer Schweizer Grossbank. Und sie zeigt, wie verblüffend rasch und zugleich radikal die Bank im Ernstfall ihre Verteidigungslinie anzupassen weiss.

Vorwürfe im Blogbeitrag

Rückblende. Am Montag, dem 6. September 2021, veröffentlicht Ai Weiwei auf dem Kunstportal Artnet.com einen Beitrag. Ai schreibt, die Credit Suisse habe das Konto seiner Stiftung aufgelöst. Begründet habe das die Bank mit einer neuen Geschäftsregel, die keine gerichtlich verurteilten Kunden mehr erlaube. Er sei aber weder angeklagt noch verurteilt worden. Das wahre Motiv müsse daher wirtschaftlicher Art sein.

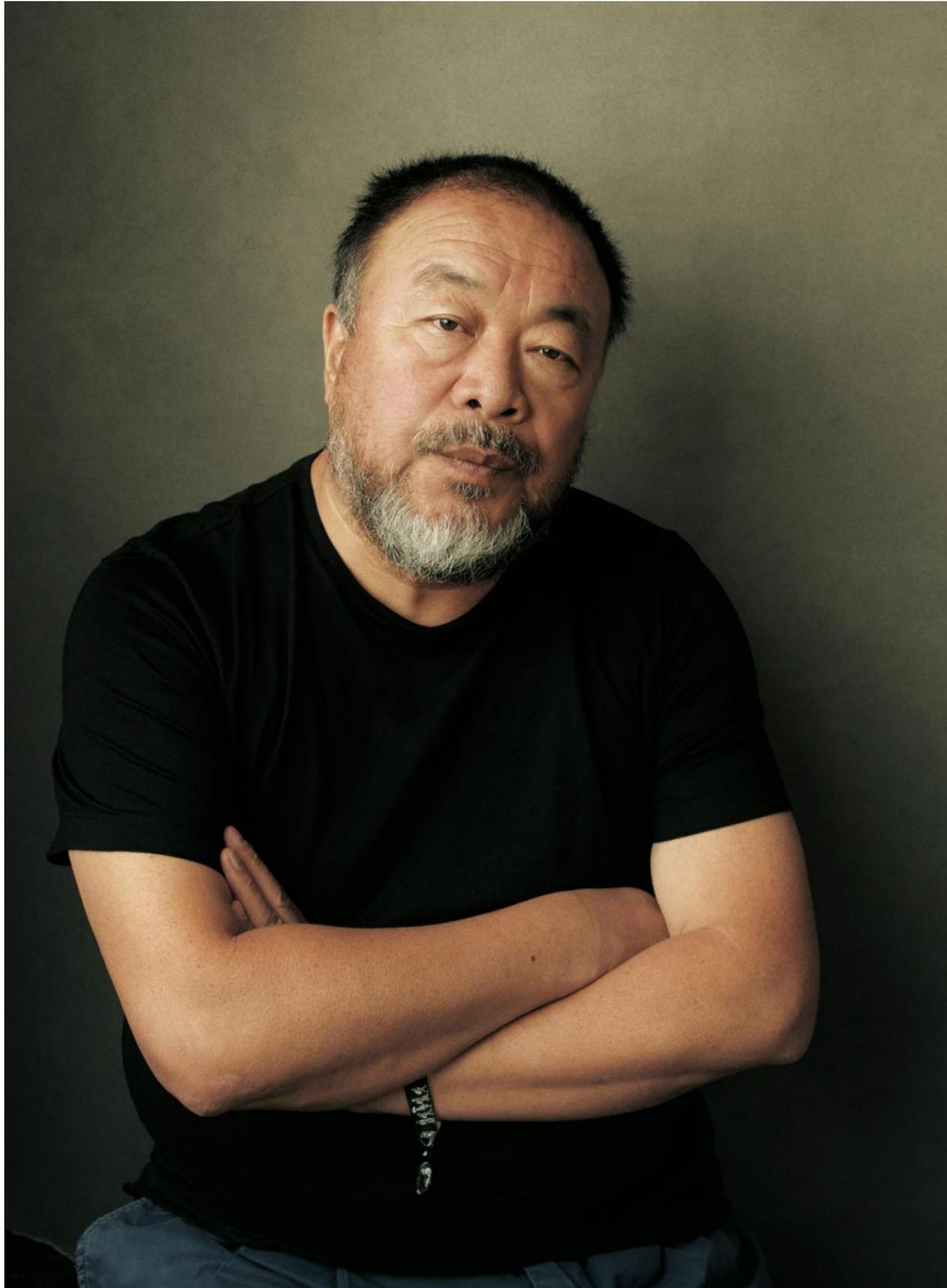
Der Beitrag wird international beachtet, die BBC berichtet ebenso wie die FAZ, «La Repubblica» oder der kanadische TV-Sender CTV darüber.

Die Credit Suisse reagiert zuerst defensiv: «Die Credit Suisse äussert sich nicht zu möglichen oder bestehenden Kundenbeziehungen.» Ein Nichtstatement in bester Bankgeheimnis-Manier: kein Wort über den Kundenstamm, Verschwiegenheit als höchste Banker-Pflicht. Die CS wiederholt das Statement während der gesamten Woche gegenüber den Medien, auch gegenüber dieser Redaktion.

Am Samstag, dem 11. September, veröffentlichen die Tamedia-Zeitungen ein Interview mit Ai Weiwei. Der Dissident bekräftigt darin seinen Vorwurf: «Die Credit Suisse sagte mir gegenüber klar, dass es sich um einen politischen Beschluss gehandelt habe. Sie haben mich fälschlicherweise bestraft, obwohl ich nie strafrechtlich verurteilt wurde.»

Das Interview sorgt für Unruhe am Paradeplatz. Die Bank ändert nun ihre Taktik. Am Samstagmorgen erhalten wir einen Anruf, am Apparat ist ein Kommunikationsspezialist der CS. Man wolle ein neues Statement abgeben.

Die Bank sagt nun: «Der Entschluss der Bank erfolgte im Frühjahr 2021, da Herr Weiwei trotz wiederholter Aufforderungen der Bank gesetzlich erforder-



«Fällt denen nichts Besseres ein?»: Künstler Ai Weiwei, hier auf einem Bild von 2017. Foto: Zenith Richards

liche Informationen nicht lieferte. Die Beendigung der Kundenbeziehung war geschäftsmässig begründet.»

Die CS vollzieht so einen radikalen Kurswechsel. Denn sie tut etwas, das der Tradition des eidgenössischen Bankwesens zuwiderläuft: Sie outet einen Kunden. Die Bank gibt zu, dass Ai Weiwei tatsächlich ein Konto hatte.

Damit steht Aussage gegen Aussage. Hier der Dissident, der behauptet, die Bank habe ihn wegen lukrativer China-Geschäfte loswerden wollen. Dort die Bank, die behauptet, der Dissident habe bei der Papierarbeit geschlampt. Ai Weiwei hält an seinem Vor-

«Der Artikel hat leider einen direkten Einfluss auf die Timeline der Schliessung des Kontos.»

Aus dem Mail einer CS-Kundenberaterin

wurf fest, hält die Argumentation der Bank nach wie vor für unglaubwürdig.

In den letzten Wochen hat uns sein Team Informationen zur Geschäftsbeziehung zwischen ihm und der Credit Suisse zukommen lassen: Mails, Transkripte von Gesprächen.

Ai Weiwei liefert

Die Dokumente zeigen, wie die Credit Suisse Ende 2020 beginnt, Druck auf den Dissidenten auszuüben. Wie die Bank auf eine Beantwortung ihrer administrativen Fragen drängt.

Ai liefert. So belegt ein Mail, dass sein Team im Februar 2021 einen detaillierten Fragenkatalog

der CS beantwortet hat. Fragen etwa zu Ais Domizil, zu seinen Einnahmen und Ausgaben. Trotzdem sollte die Bank später Ais Kündigung mit nicht gelieferten Informationen begründen.

Die Geschäftsbeziehung zwischen der CS und Ai eskaliert im Verlauf dieses Jahres in zwei Ferngesprächen. Eines findet im März statt, das andere im Juni. Im ersten sprechen eine CS-Kundenberaterin und zwei Mitarbeiterinnen von Ai miteinander.

Die Aufgabe der Kundenberaterin ist heikel: Sie muss erklären, warum die CS die Konten des Dissidenten auflösen will. Uns liegt ein Transkript des Gesprächs vor. Angefertigt wurde

es von einer Mitarbeiterin Ais. Das Transkript deckt sich mit Aussagen anderer Quellen und Überprüfungen während der Recherche.

Das Gespräch bringt die CS in Erklärungsnot. Es dreht sich nämlich keineswegs um «gesetzlich erforderliche Informationen», die der Dissident «trotz wiederholter Aufforderungen» nicht geliefert hätte, womit die Bank später Ais Rauswurf begründete.

Vielmehr behauptet die Kundenberaterin, es gebe eine neue Regelung, die vorschreibe, dass sich die CS von Kunden trennen müsse, die verurteilt worden waren. Bloss: Eine solche Regelung existiert nicht.

Die Kundenberaterin argumentiert während des Gesprächs nicht mit juristischen Dokumenten, sondern beruft sich auf Zeitungsartikel. Darin werde Ai Verschiedenes vorgeworfen: Steuerhinterziehung ebenso wie Bigamie, also das gleichzeitige Führen mehrerer Ehen. Die Berichte werden von Ai Weiweis Mitarbeiterinnen umgehend zurückgewiesen.

CS schickt Kündigung

Doch die Bank lässt sich nicht mehr umstimmen. Nach dem Gespräch schickt die Credit Suisse Ai Weiwei die Kündigung. Dies, nachdem Ai kurz davor ihren Fragenkatalog beantwortet hat. Eine schriftliche Begründung für die Kündigung liefert die Bank nicht.

Das muss sie auch nicht, denn mit Artikel zwölf ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen hat die CS für solche Fälle vorgesorgt: «Die Bank und der Kunde können die Bankbeziehung jederzeit per sofort oder auf einen späteren Termin kündigen.» Ai Weiwei nimmt die Kündigung hin.

Das zweite Gespräch wird im Juni geführt. Beide Parteien haben aufgestockt: Diesmal nimmt Ai selber teil, zusammen mit zwei Mitarbeiterinnen. Die CS schickt neben der bekannten Mitarbeiterin auch deren Vorgesetzte ins Gespräch. In der Woche zuvor hatte Ai der Pendlerzeitung «20 Minuten» ein angriffiges Interview gegeben. Titel: «Die Schweiz ist der scheinhelligste Staat der Welt!»

Der Artikel ist der Anlass des Gesprächs. Die CS-Vertreterinnen sagen offen, das Interview habe den Wunsch ihrer Bank, die Schliessung von Ais Konto zu beschleunigen, bestärkt. Idealerweise würde das Konto «noch am heutigen Tag» geschlossen, geben die Bankerinnen dem Künstler zu verstehen.

Die Beraterin schreibt Ai Weiwei später in einem Mail: «Der Artikel hat leider einen direkten Einfluss auf die Timeline der Kontoschliessung.» Um bestimmte Papiere, die Ai nicht geliefert hätte, geht es im Gespräch nicht.

In beiden Gesprächen nennt die CS zwei ganz andere Gründe, weshalb sie Ais Konto auflösen will. Zum einen die neue Regelung bezüglich straffällig gewordener Kunden – jene Regel, die es nicht gegeben hat und bis heute nicht gibt.

Fortsetzung auf Seite 36

Wochenende

Fortsetzung von Seite 35

Der zweite Grund ist Ais schlechte Presse. Wir haben Experten gefragt, wie Banken die Reputation eines Kunden einpreisen. Im Jargon spricht man vom Problem der «Adverse Media» oder der «Adverse News»: Kunden, die regelmässig für schlechte oder kontroverse News sorgen, bergen für die Bank ein Reputationsrisiko, falls ihr Konto in der Öffentlichkeit bekannt werden sollte.

Es gilt dabei: Je höher der Kontostand, desto eher ist eine Bank bereit hinzunehmen, dass der Kunde «Adverse News» auf sich zieht. Dass ein politischer Dissident wie Ai Weiwei ständig für «Adverse News» sorgt, ist dabei wenig überraschend. Ob die schlechte Presse überhaupt gerechtfertigt ist, ist wiederum eine ganz andere Frage. Ai Weis kritisches «20 Minuten»-Interview hat die Credit Suisse offenbar als «Adverse News» eingestuft.

Riesenmarkt China

Ai Weiwei ist überzeugt, dass seinem Rauswurf ein wirtschaftliches Kalkül zugrunde liegt. Ein Kalkül, das nicht auf ihn als Privatkunden zielt, sondern auf den Riesenmarkt China. Dass die Credit Suisse in diesem Markt besser dastehen will, indem sie den bekanntesten Dissidenten und damit ein grosses Reputationsrisiko abstösst.

Die Vermutung ist plausibel. So berichtete Reuters letztes Jahr, wie sechs Grossbanken ihre Kunden daraufhin überprüften, ob sie Beziehungen zur Hongkonger Pro-Demokratie-Bewegung pflegten. Wer in diese Kategorie eingeteilt werde, könne nur noch unter erschwerten Bedingungen oder gar nicht mehr ein Konto eröffnen, schrieb die Nachrichtenagentur. Eine dieser sechs Grossbanken war die Credit Suisse.

Es geht hier nicht um irgendeinen Markt. China hat den grössten Bankensektor auf Erden. Just diese Woche gab die Credit Suisse bekannt, ihr chinesisches Investmentbank-Team in den kommenden fünf Jahren verdreifachen zu wollen.

Verlockung des «Guanxi»

«Das Potenzial für ausländische Banken ist gewaltig», sagt Juuso Kaarevirta vom Bank of Finland Institute for Emerging Economies. Sein Institut gehört in Europa zu den ersten Anlaufstellen, wenn es um westliche Banken in China geht. Es erstellt seit den frühen 2000ern täglich Rapporte zur chinesischen Volkswirtschaft.

Es sei sehr kompliziert, in China eine Bank zu betreiben, sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Denn das Regime habe ein grosses Interesse daran, die Kontrolle über den Bankensektor und damit über die Wirtschaft als Ganzes zu behalten. Sähen die Autoritäten ein Problem, passten sie mitunter kurzfristig die Regeln an. Grundsätzlich würden die Chinesen ausländischen Firmen aber keine politischen Vorgaben machen.

Eine andere Schwierigkeit sieht der Wirtschaftswissenschaftler in der grossen Bedeutung persönlicher Netzwerke, dem sogenannten «Guanxi». Chinesische Firmen würden Anstellungen gezielt dazu nutzen, ihr «Guanxi» zu verbessern. Wie die Nachrichten gezeigt hätten, hätten gewisse ausländische Firmen nicht widerstanden, diese Praktik nachzuahmen. Kaarevirta spielt damit auf



Der Fall sorgte für Unruhe am Zürcher Paradeplatz: Blick auf den Hauptsitz der Credit Suisse. Foto: Urs Jaudas

«Mein Rauschmiss war ein politischer Entscheid, von Anfang an.»

Ai Weiwei
Künstler

Skandale der letzten Jahre an. So wurde 2018 bekannt, dass die Credit Suisse Sprösslinge hoher kommunistischer Kader in ihr chinesisches Management eingesetzt hatte. Das Nachsehen hatten laut Reuters Jobkandidaten, die zwar besser qualifiziert waren, aber keine Beziehungen zur KP vorweisen konnten. Die CS zahlte wegen dieser Affäre dem US-Justizdepartement 77 Millionen Dollar. Es ging um einen Verstoß gegen den US Foreign Corrupt Practices Act.

Vor zwei Jahren ergänzte die CS ihren Verwaltungsrat mit Li Shan, der in einem wichtigen Beratungsgremium der Kommunistischen Partei sitzt. Bekannt wurde Li als Gründer einer Peking-freundlichen Partei in Hongkong. «Durch das Einspannen solcher Personen möchte man sich den Zugang in den chinesischen Markt sichern», sagt der Basler Politikprofessor Ralph Weber, der zur Beziehung zwischen China und der Schweiz forscht.

Ai Weiwei wirkt im Zoom-Gespräch ruhig, geradezu stoisch. «Ich bin überhaupt nicht wütend», sagt er. In China habe er schon ganz andere Situationen überstanden. «Aber mein Rauschmiss war ein politischer Entscheid, von Anfang an», sagt Ai Weiwei. Das müsse die Bank zugeben. Es sei lächerlich, so zu tun, als ginge es um fehlende Papiere.

«Fällt denen nichts Besseres ein?», fragt der Dissident. «Sie wollen ihr Geschäft in China ausbauen. Ich verstehe ja, dass sie mich deshalb rauswerfen müssten.» Die Credit Suisse sei reich an Geld, aber arm an Wahrheit, meint Ai: «They are money-rich but truth-poor.»

Eine politische Figur

Wusste das Regime in Peking von Ais Bankkonto? Wüsste oder forderte es eine Schliessung? Dafür gibt es keine Hinweise. Wollte die CS ihr China-Geschäft nicht gefährden, nicht plötzlich als Makler des Dissidenten dastehen? Wollte sie Ai als Reputationsrisiko loswerden? Das ist plausibel.

Klar ist, dass die Schweizer Grossbank gegenüber der Öffentlichkeit formelle Gründe vorschiebt. Bis heute hält die Credit Suisse an der Begründung fest, die Löschung sei erfolgt, weil Ai «trotz wiederholter Anforderungen der Bank gesetzlich erforderliche Informationen nicht lieferte». Die politische Dimension des Falles verschweigt die Bank.

Die Credit Suisse löschte das Konto aber keineswegs allein, weil der chinesische Dissident für administrative Schwierigkeiten gesorgt hätte.

Sondern weil Ai Weiwei eine politische, also kontroverse Figur ist.

Filmer, Bildhauer, Konzeptkünstler und geborener Dissident

Bereits Ai Weis Vater, der Dichter Ai Qing, befand sich im Clinch mit der Kommunistischen Partei. Ai Qing war ein überzeugter Kommunist, fiel aber in Ungnade. Als er der Bitte der Partei nachkam, Verbesserungsvorschläge zu machen und Kritik zu üben, wurde ihm das später als Abweichertum vorgehalten. Das Regime verbannte ihn in abgelegene Provinzen, wo er öffentliche Toiletten putzen musste.

So wuchs auch der 1957 geborene Sohn Ai Weiwei in ärmlichen Verhältnissen auf. Ai – im Chinesischen wird der Familienname zuerst genannt – nennt sich selber einen «Dissidenten von Geburt» an.

Später studierte Ai Film in Peking, wurde zum Konzeptkünstler, Bildhauer und Kurator. Zwischen 1981 und 1993 lebte er in den USA, wo er etwa mit dem Beatnik-Poeten Allen Ginsberg zusammentraf. Als sein Vater erkrankte, kehrte er nach China zurück.

Im Verlauf der Jahre wurde Ai zum prominentesten Kritiker des Regimes. In seiner Kunst verarbeitete er etwa die Rolle der Behörde im katastrophalen Erdbeben von Sichuan, den Skandal um kontaminierte Babynahrung oder das Tiananmen-Massaker. «Alles ist Kunst, alles ist Politik», lautet sein Credo.

2011 wurde Ai am Pekinger Flughafen von der chinesischen

Polizei festgenommen und für 81 Tage an einem unbekanntem Ort inhaftiert. Danach berichteten chinesische Medien, Ai Weiwei habe in grossem Umfang Steuern hinterzogen. Ai wies diese Vorwürfe immer wieder als politisch motiviert zurück. 2015 hob die Regierung das Reiseverbot gegen den Künstler auf. Seither lebt er in Europa: zuerst in Berlin, dann in Cambridge, mittlerweile in Portugal.

Im Blogbeitrag vom September machte Ai auch auf eine Kontroverse in Hongkong aufmerksam. Kommenden Donnerstag wird dort das Museum M+ eröffnet. Die Sammlung basiert weitgehend auf einer Spende des ehemaligen Schweizer China-Botschafters Uli Sigg. Sigg schenkte dem Museum 2012 einen Grossteil seiner Kollektion, darunter Fotografien von Ai Weiwei.

An der Eröffnungsausstellung wird dessen fotografisches Werk allerdings nur teilweise gezeigt: Eine Aufnahme, auf der Ai den Mittelfinger auf dem Tiananmen-Platz ausstreckt, wird laut Ai fehlen.

Der Künstler wirft den Kuratoren deshalb Zensur vor. Ai Weiwei sieht einen Bezug zum Sicherheitsgesetz, das Peking im Sommer letzten Jahres eingeführt hat und das Hongkong an die Verhältnisse von Festlandchina angleicht. (red)



Chinas versammelte Politelite in Peking, März 2018. Foto: Getty Images

«Tut mir leid», sagt ihm die Bankerin

Credit Suisse löscht Konto von Ai Weiwei Der chinesische Künstler und Dissident hat Tonaufnahmen veröffentlicht. Sie belegen die politischen Motive der Schweizer Grossbank.

Linus Schöpfer, Simon Widmer und Jorgos Brouzos

Die Credit Suisse hat das Konto des berühmtesten chinesischen Dissidenten gelöscht. Wegen Formalitäten, sagt die Bank. Wegen politischer Gründe, sagt der Dissident.

Dass Ai Weiweis Position glaubwürdig ist, zeigte jüngst eine Recherche der Redaktion Tamedia.

Nun nimmt der Streit eine neue Wendung und lässt die CS noch schlechter dastehen: Ai veröffentlichte auf Instagram zwei Audiofiles zur Affäre.

Die Credit Suisse hält in ihren AGB fest, sich herauszunehmen, Gespräche aufzuzeichnen, ohne ihre Kunden vorgängig darüber zu informieren. Ai Weiwei – nicht nur ein origineller Künstler, sondern auch ein ausgebuffter Aktivist – hat die Aufzeichnung gleich selbst übernommen.

Auf China abgestützt

Bei den Aufnahmen handelt es sich um Ausschnitte aus zwei Kundengesprächen, die im März und Juni dieses Jahres stattgefunden haben. CS-Bankerinnen redeten mit Ai und seinen Assistentinnen. Die Tondokumente entsprechen den Transkripten, die wir in unserer Recherche geprüft und ausgewertet haben.

Die Echtheit der Aufnahmen wird von der CS nicht dementiert. Noch ist offen, ob die Bank ihre Anwälte in dieser Angelegenheit losschickt.

Im ersten Gespräch informiert eine Kundenberaterin über eine neue Regelung. Dieser zufolge könne die CS keine Beziehungen mit strafrechtlich verurteilten Kunden mehr unterhalten.

«Es scheint so, dass Herr Ai in China wegen mehrerer Vergehen verurteilt wurde, unter anderem wegen Steuerhinterziehung», sagt sie. Das hätten Recherchen der Rechtsabteilung ergeben. Diese Verurteilungen seien, sagt die Bankerin, «der Hauptgrund» für die Kontolöschung. Allerdings gibt es die Regel, von der die Beraterin spricht, gar nicht. Die CS bedrängte den Künstler mit einer juristischen Fiktion.

Die Aufzeichnungen verdeutlichen: Vorwürfe der chinesischen Justiz haben die Credit Suisse zur Kontoschliessung veranlasst. Ai Weiwei selbst weist alle Anschuldigungen der chinesischen Justiz zurück.

Die Aufnahmen stimmen nicht überein mit den Verlautbarungen der Credit Suisse. Diese begründet die Löschung nach wie vor formell. Ai oder «Weiwei» (kurioserweise spricht die CS den Dissidenten mit Vornamen an) habe notwendige Unterlagen nicht eingereicht. Um welche Papiere es sich dabei angeblich gehandelt haben soll, sagt die Credit Suisse nicht.

Die Affäre ist für die Schweizer Grossbank überaus heikel. Denn Ai Weiwei ist der berühmteste Dissident der neuen Supermacht China und diese wiederum mittlerweile der grösste Finanzmarkt auf Erden. Helman Sitohang, der Asien-Chef der CS, betonte jüngst an einer Konferenz in London gegenüber Akti-



Ein global aktiver Künstler, der seinen Streit mit der Credit Suisse «humorvoll» auswerten will: Ai Weiwei in Berlin, Oktober 2020. Foto: Laif

«Ja, das war der Hauptgrund für die Beschleunigung.»

CS-Kundenberaterin auf Ais Frage, ob sein «20 Minuten»-Interview der Grund für die eiligere Löschung gewesen sei.

onären, wie bedeutsam dieser Markt sei.

Während die Credit Suisse das Investmentbanking insgesamt zurückfährt, will sie ihr Team in China verdreifachen. Zudem hat sie mit Shan Li einen Verwaltungsrat, der die Kommunistische Partei berät und sich als Gegner der Hongkonger Protestbewegung profiliert hat. Ein Kunde wie Ai andererseits gefährdet die Reputation, könnte die Expansion beeinträchtigen.

Ein Interview, das Ai im Juni «20 Minuten» gegeben hat, sorg-

te für Unmut in der Bank. Im Interview sagt Ai Weiwei etwa, dass Banken Kinder chinesischer Funktionäre angestellt hätten, um sich einen Vorteil zu verschaffen. Eine Bemerkung, die die CS direkt traf. Denn seit 2018 ist bekannt, dass sie Sprösslinge kommunistischer Kader gegenüber anderen Kandidaten vorgezogen und ins Management eingesetzt hat.

Dass die Bank das Konto wegen dieses Interviews rascher auflösen wollte, ist im Mailverkehr zwischen Ai und der Credit Suisse dokumentiert. Der Wunsch nach einer eiligen Auflösung wird auch im zweiten Gespräch deutlich, das Ai aufgezeichnet hat. Da sagt eine Bankerin, dass das CS-Management die Geschäftsbeziehung so schnell wie möglich beenden möchte. «Wenn das heute noch möglich ist, sind wir dankbar», sagt sie. Dies, nachdem Ai Weiwei gefragt hatte, was «so schnell wie möglich» in «Schweizer Sprache» genau bedeute.

«Ist es das Interview, das ich der Schweizer Zeitung «20 Minuten» gegeben habe?», fragt der Dissident nach. «Ja, das war der Hauptgrund für die Beschleunigung. Tut mir leid, Herr Ai», antwortet die CS-Bankerin.

Meldung geht um die Welt

Unsere Recherche zur Affäre «CS vs. Ai Weiwei» wurde von den Nachrichtenagenturen Reuters und Bloomberg aufgenommen. Beide fokussierten dabei auf die

Position der Grossbank und die angeblich fehlenden Papiere.

Ihre Meldungen machten weltweit die Runde. «Spoiler alert», twitterte etwa Jonathan Cheng, der China-Korrespondent des «Wall Street Journal». Die Löschung von Ais Konto sei nicht erfolgt, weil die Schweizer Bank «einen Kotau» habe machen wollen, sondern eben wegen fehlender Papiere. Reuters überarbeitete den Bericht später und stellte den Sachverhalt umfassender dar.

Dann veröffentlichte Ai Weiwei die Tondokumente auf Instagram. Ohne die «irreführenden Nachzüge» von Reuters und Bloomberg hätte er dies nicht getan, sagt Ai dieser Zeitung. Dass die Credit Suisse nach wie vor an ihrer Erklärung festhalte, entspreche seiner Erfahrung mit mächtigen Institutionen. Der Künstler sieht in der Affäre einen Konflikt, der über seine Person hinausgeht und die Gesellschaft als Ganzes betrifft: Es gehe um die Frage, an welcher Ethik sich grosse Unternehmen wie die CS orientierten. Wie sie mit der Wahrheit umgingen.

Der Dissident hält wenig von der moralischem Standfestigkeit der Schweizer Grossbank. «Wenn die Credit Suisse bei einem kleinen Problem so reagiert», sagt Ai, «zweifle ich, dass sie sich bei grösseren Angelegenheiten integrieren kann.»

Nachdem Ai Weiwei die Kundengespräche veröffentlicht hatte – als Illustration wählte er

neckischerweise das alte Logo der Schweizerischen Kreditanstalt, der SKA –, schlug ihm ein Follower vor, die Aufnahme doch in ein NFT umzuwandeln, in ein Non Fungible Token. In eine Datei also, die per Künstlersignatur zum einmaligen Kunstwerk ge-

Kritik an Prestige-Museum

In Hongkong wurde letzte Woche das Museum M+ eröffnet. Es zeigt visuelle Kunst, also Gemälde, Fotografien, Installationen und Performances. Das Haus hat einen ausgeprägten Schweizer Bezug: Ein Grossteil der Sammlung basiert auf einer Schenkung von Uli Sigg, dem früheren Schweizer Botschafter in Peking. Der Bau, der an ein Computergehäuse erinnert, wurde von den Basler Architekten Herzog & de Meuron entworfen. Das Museum zeige, «wohin wir uns als Weltkultur entwickeln sollen», sagte Architekt Jacques Herzog.

Ai Weiwei dagegen, der mit Sigg seit Jahrzehnten befreundet ist und mit Herzog & de Meuron das Peking Nationalstadion («Vogelnest») entworfen hat, steht dem neuen Museum skeptisch gegenüber. Er kritisiert die Kuratoren der Eröffnungsausstellung. Sie würden sich den Wünschen in Peking anpassen. Etwa, indem sie sein berühmtes Foto «Study of Perspective», das ihn mit ausgestrecktem Mittelfinger auf dem Tiananmen-Platz zeigt, nicht ausstellten. (red)

macht wird. Damit könnte Ai gutes Geld verdienen, im besten Fall Millionen.

Ai Weiwei sagt, eine künstlerische Aneignung der Affäre sei für ihn durchaus denkbar. Er überlege sich aber gerade, wie er die Sache «auf etwas humorvollere Art» angehen könnte. «Alles ist Kunst, alles ist Politik», lautet sein Credo.

Glaubwürdigkeit hat gelitten

Und die Credit Suisse? Sie beharrt darauf: Es seien fehlende Papiere gewesen, die zum Rauswurf geführt hätten. Warum ihre Beraterinnen in den Gesprächen mit Ai und seinem Team ganz anders argumentiert haben, erklärt sie nicht.

Mittlerweile ist klar: Die Credit Suisse hat gegenüber der Öffentlichkeit Formalitäten vorgeschoben und sich zugleich im Hintergrund von politischen Überlegungen leiten lassen. Ihre Glaubwürdigkeit hat dadurch gelitten.

Aber vielleicht ist das auch nur eine ganz bestimmte Perspektive, der westliche Blick auf die Affäre. Denn mit Sicht auf den Markt in China ist die Trennung eindeutig ein Vorteil. Dort können sich selbst die Meldungen vom Streit mit Ai Weiwei, die Nachrichtenagenturen wie Reuters oder Bloomberg derzeit auf die Welt schicken, nur positiv auf das Renommee der Credit Suisse auswirken.

Nein, der Westen ist nicht mehr alles.